

---

# Dokumentation

---

## Chronik zur Entstehung und Entwicklung von Solidarność\*

- Juni 1956 Mit Streiks und Demonstrationen wehren sich Arbeiter in Poznan (Posen) gegen ein neues Lohnsystem, das faktisch einer Reallohnsenkung gleichkommt. Der spontane Aufstand wird von Armee und Miliz blutig niedergeschlagen.
- März 1968 In Warschau gehen die Studenten mit der Forderung nach Abschaffung der Zensur und demokratischen Freiheiten auf die Straße. Die Demonstrationen werden brutal auseinandergeschnüppelt, es kommt zu umfangreichen „Säuberungen“ unter der Intelligenz.
- Dez. 1970 Ausgelöst durch massive Preiserhöhungen für Lebensmittel breitet sich an der Ostseeküste eine Streikwelle aus. Bei schweren Auseinandersetzungen mit der Miliz kommen — nach offiziellen Angaben — 48 Menschen ums Leben.
- Juni 1976 Ein erneuter Versuch der Regierung, Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel durchzusetzen, stößt auf den erbitterten Widerstand der Arbeiter, die in Radom und Ursus in den Streik treten. Die Preiserhöhungen werden zurückgenommen, mehrere hundert an den Streiks beteiligte Arbeiter werden in Schnellverfahren abgeurteilt.
- Sept. 1976 In Warschau gründen Intellektuelle das „Komitee zur Verteidigung der Arbeiter“ (KOR), um die von Repressionen betroffenen Arbeiter zu unterstützen. Das KOR wird zur Keimzelle einer vielfältigen oppositionellen Bewegung in Polen.
- April 1978 In Danzig entsteht das „Gründungskomitee für freie Gewerkschaften an der Küste“. Es gibt die Zeitung „Robotnik Wybrzeza“ (Der Küstenarbeiter) heraus und organisiert — z. B. zum Gedenken der Toten von 1970 — Demonstrationen und Kundgebungen. Zu diesem Kreis gehören auch Lech Wałęsa und Anna Walentynowicz.
- Sept. 1979 Vertreter verschiedener Gründungskomitees für freie Gewerkschaften veröffentlichen die „Charta der Arbeiterrechte“, in der u. a. Gewerkschaftsfreiheit und Streikrecht gefordert werden.
- Juli 1980 Nachdem die Regierung ohne Vorankündigung eine drastische Erhöhung der Fleischpreise bekanntgegeben hat, flackern überall im Land Streiks auf, die in erster Linie Lohnerhöhungen zum Ziel haben. Zunächst gelingt es, die Streiks lokal durch materielle Zugeständnisse beizulegen.

---

\* Die Angaben sind im wesentlichen der jeweiligen Tagespresse entnommen (Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurter Rundschau und Die Tageszeitung).

14. 8. 80 Die Belegschaft der Lenin-Werft in Danzig tritt in den Streik. Die Arbeiter gehen nicht — wie 1970 und 1976 - auf die Straße, sondern besetzen ihren Betrieb, den sie rund zwei Wochen lang nicht verlassen werden.
16. 8. 80 Die Streikwelle an der Ostseeküste weitet sich aus. In der Lenin-Werft wird das überbetriebliche Streikkomitee MKS gebildet, das bereits 21 Betriebe repräsentiert. Das MKS formuliert einen Katalog von 21 Forderungen. Darin treten die materiellen Forderungen zugunsten der politischen in den Hintergrund: Streikrecht, Rede- und Pressefreiheit, Freilassung der politischen Gefangenen. Hauptziel des Streiks aber wird die Anerkennung von freien Gewerkschaften.
17. 8. 80 Die Versuche der nach Danzig entsandten Verhandlungskommission unter dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Pyka, die Streikbewegung mit dem Angebot von Lohnerhöhungen einzudämmen, scheitern ebenso wie das Bemühen, unter Umgehung des MKS mit den Streikkomitees einzelner Betriebe zu verhandeln.
21. 8. 80 Pyka wird von Vizepremier Mieczysław Jagielski abgelöst.
23. 8. 80 Jagielski akzeptiert das MKS, dem jetzt rund 400 Betriebe angehören, als Verhandlungspartner.
24. 8. 80 Auf einer Sondersitzung des ZK der PVAP verlieren zahlreiche hohe Funktionäre ihre Ämter. Parteichef Gierek bietet den Streikenden demokratische Wahlen zu den betrieblichen Gewerkschaftsorganen an.
28. 8. 80 Bei den Verhandlungen mit Jagielski läßt sich das MKS von einem Kreis von „Experten“ beraten, dem Wissenschaftler, Publizisten und engagierte Katholiken angehören. Jagielski macht auf wirtschaftlichem Gebiet Zugeständnisse und erklärt sich bereit, das Streikrecht gesetzlich zu garantieren.
31. 8. 80 Nachdem die Regierungskommission der Gründung von unabhängigen Gewerkschaften zugestimmt hat, unterzeichnen Jagielski und Wałęsa das Danziger Abkommen, in dem die Regierung die Erfüllung aller 21 Forderungen zusagt.
1. 9. 80 In den Küstenstädten wird die Arbeit wieder aufgenommen, während im ober-schlesischen Kohlrevier die Streiks andauern. Die Bergleute fordern neben der Übernahme der Danziger Vereinbarungen eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen.
3. 9. 80 Mit der Unterzeichnung eines Abkommens in Jastrzebie wird auch der Bergarbeiterstreik beendet.
5. 9. 80 In einer ZK-Sondersitzung wird der Erste Sekretär der PVAP Edward Gierek abgelöst, an seine Stelle tritt Stanislaw Kania. Örtlich begrenzte Streiks in verschiedenen Landesteilen dauern an.
13. 9. 80 Der Staatsrat faßt einen Beschluß über das Anerkennungsverfahren für neue Gewerkschaften. Demnach müssen sich die neu entstehenden Gewerkschaften beim Wojewodschaftsgericht in Warschau registrieren lassen.

17. 9. 80 Delegierte aus allen Landesteilen, die bereits 3 Mill. Mitglieder repräsentieren, beschließen in Danzig die Gründung eines landesweiten Verbandes unter dem Namen ‚Unabhängige und Selbstverwaltete Gewerkschaft Solidarność‘. Zum Vorsitzenden wird Lech Wałęsa gewählt. Die Gewerkschaftsvertreter beklagen sich über zahlreiche Behinderungen beim Aufbau ihres Verbandes, vor allem durch örtliche Parteifunktionäre und Fabrikleiter.
21. 9. 80 Im polnischen Rundfunk wird - wie in Punkt 3 des Danziger Abkommens vereinbart - zum ersten Mal seit 36 Jahren eine katholische Messe übertragen.
22. 9. 80 Die Solidarność-Vertreter beraten in Danzig ihr Statut. Die Organisationsstruktur der Gewerkschaft soll überwiegend durch die territoriale und weniger durch die branchenmäßige Gliederung bestimmt werden, wobei die regionalen Verbände weitgehende Eigenständigkeit erhalten.
24. 9. 80 Solidarność beantragt beim Wojewodschaftsgericht in Warschau die Registrierung. Der Staatsrat setzt eine Kommission zur Ausarbeitung eines neuen Gewerkschaftsgesetzes ein, der auch Gewerkschaftsvertreter angehören sollen.
30. 9. 80 Die Bauern kündigen ebenso wie die Studenten die Gründung unabhängiger Organisationen an.
3. 10. 80 Nach ergebnislosen Verhandlungen mit der Regierung wird landesweit ein einstündiger Warnstreik durchgeführt. Solidarność fordert Zugang zu den Massenmedien, eine fristgerechte Realisierung der im Danziger Abkommen vereinbarten Lohnerhöhungen und ungehinderten Aufbau der Gewerkschaft.
- 4.-6.10. 80 Die 6. Plenarsitzung der ZK der PVAP ist von scharfer Kritik an der Wirtschaftspolitik und am Führungsstil des entmachteten Parteichefs Gierek beherrscht. Weitere hohe Funktionäre verlieren ihre Posten.
14. 10. 80 Nachdem bereits ein beträchtlicher Teil der im Zentralrat zusammengeschlossenen (alten) Branchengewerkschaften seinen Austritt aus dem Dachverband erklärt hat, kündigt der Zentralrat seine Auflösung an.
21. 10. 80 Im Führungsgremium von Solidarność herrscht Uneinigkeit über das Vorgehen angesichts der Verzögerung der Registrierung. Nur mit Mühe kann Wałęsa einen Streikbeschluß verhindern.
24. 10. 80 Das Wojewodschaftsgericht in Warschau gibt die Registrierung von Solidarność bekannt. Gegen den ausdrücklichen Willen der Gewerkschaftsvertreter nimmt es jedoch Änderungen im Statut vor. Es erweitert § 1 des Statuts um die Sicherheitsklausel des Danziger Abkommens, die die führende Rolle der Partei im Staat festschreibt, streicht die detaillierten Streikbestimmungen und ersetzt sie durch eine Leerformel, die auf ein neues Gewerkschaftsgesetz verweist. Solidarność protestiert gegen die eigenmächtigen Eingriffe in das Statut und legt gegen das Gerichtsurteil Berufung ein.

- 29.10. 80 Solidarność droht für den 12. 11. mit einem Generalstreik, falls Verhandlungen mit der Regierung über die vom Gericht verfügte Satzungsänderungen, den Zugang zu den Massenmedien und andere Forderungen der Gewerkschaft ergebnislos bleiben sollten.  
Das Warschauer Wojewodschaftsgericht lehnt die Registrierung einer Bauerngewerkschaft mit der Begründung ab, daß individuelle Bauern keine Arbeitnehmer seien.
- 10.11.80 Der Oberste Gerichtshof hebt die Entscheidung des Wojewodschaftsgerichts auf; Solidarność wird auf der Grundlage des von ihr eingereichten Statuts registriert.
- 14.11.80 Kania und Wałęsa treffen sich zu einem ersten Gespräch in Warschau. In Gewerkschaftskreisen wird Kritik an Wałęsa laut, weil er hinter verschlossenen Türen mit dem Parteichef verhandelt.
- 25.11. 80 Solidarność kündigt Streiks an, um die Freilassung eines Druckers zu erzwingen, der nach der polizeilichen Durchsuchung der Warschauer Gewerkschaftszentrale verhaftet worden war. Im oberschlesischen Industriegebiet streiken Bergleute, um die Erfüllung der ihnen zugesagten Lohnerhöhungen durchzusetzen.
27. 11. 80 Der Drucker wird freigelassen. Solidarność-Vertreter verhandeln mit Jagielski über die „Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit“.
5. 12. 80 Die führenden Vertreter der Warschauer-Pakt-Staaten treffen sich in Moskau zu einem Gipfeltreffen, bei dem Polens Zugehörigkeit zum sozialistischen Lager betont wird. Drei Tage vorher war praktisch das gesamte Grenzgebiet der DDR zu Polen zum militärischen Sperrgebiet erklärt worden.
16. 12. 80 Vor dem Eingangstor zur Lenin-Werft wird in Danzig ein Mahnmal für die Opfer der blutigen Unterdrückung der Demonstrationen und Streiks von 1970 enthüllt. Über 100000 Menschen nehmen an den Feierlichkeiten teil, darunter auch hohe Regierungsvertreter.
- 30.12. 80 Der Oberste Gerichtshof verurteilt die Entscheidung über die Registrierung einer Bauerngewerkschaft. In Südpolen besetzen Mitglieder der „Solidarność Wiejska“ (Land-Solidarität) das Gebäude der Gemeindeverwaltung in Ustrzyki Dolne, um ihrer Forderung nach Anerkennung der Bauerngewerkschaft Nachdruck zu verleihen. Eine Woche später wird auch die Kreisverwaltung in Rzeszów besetzt.
7. 1. 81 Die Regierung legt ohne vorherige Konsultation mit der Gewerkschaft ein Programm zur Arbeitszeitverkürzung vor, das für 1981 noch nicht die 5-Tage-Woche vorsieht. Solidarność ruft daraufhin zur Verweigerung der Samstagsarbeit auf und erklärt gleichzeitig Verhandlungsbereitschaft.
10. 1. — Der Aufruf, den 10. 1. und 24. 1. als „arbeitsfrei“ zu betrachten, wird regional  
26. 1.81 unterschiedlich befolgt. Gleichzeitig kommt es in vielen Betrieben zu weiteren Arbeitsniederlegungen, u. a. auch zur Unterstützung der Bauern-Gewerkschaft. Solidarność wirft der Regierung ein Abrücken von den Danziger Vereinbarungen vor: die zugesagten Lohnerhöhungen sind nur teilweise realisiert worden, der Termin zur Vorlage eines Gesetzes über die Beschränkung der Zensur ist längst

überschritten, die Grundzüge des neuen Gewerkschaftsgesetzes werden nicht veröffentlicht. Mehrere Sejm-Abgeordnete fordern die Regierung auf, über eine Revision der Abkommen vom August zu verhandeln.

28. 1. 81 Nach ergebnislosen Verhandlungen über die 5-Tage-Woche, den Zugang von Solidarność zu den Massenmedien und die Frage der Bauerngewerkschaft beschließt Solidarność für den 3. Februar einen einstündigen Generalstreik.
1. 2. 81 Der Generalstreik wird abgesagt, nachdem man sich bezüglich der 5-Tage-Woche auf einen Kompromiß geeinigt hat. Örtliche Streiks dauern an.
9. 2. 81 General Jaruzelski wird für den Posten des Ministerpräsidenten nominiert und löst damit Pinkowski ab. Der Oberste Gerichtshof verweigert die Registrierung der „Land-Solidarität“.
12. 2. 81 Jaruzelski fordert die Gewerkschaften auf, für drei Monate auf jede Streikaktion zu verzichten. Der als Befürworter eines Reformkurses geltende Chefredakteur der Wochenzeitung Polityka, Mieczysław Rakowski, wird zum stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannt.
5. 3. 81 Die polnischen Zeitungen veröffentlichen die Grundlagen für ein neues Gewerkschaftsgesetz. Darin sind erhebliche Einschränkungen des Streikrechts vorgesehen, so z. B. die Möglichkeit, in wirtschaftlichen Krisensituationen das Streikrecht auszusetzen. Parteichef Kania wird bei einem Gipfeltreffen in Moskau ermahnt, „den Gang der Ereignisse umzukehren.“
19. 3. 81 Bei einem massiven Polizeieinsatz werden in Bydgoszcz (Bromberg) Gewerkschafter schwer verletzt.
27. 3. 81 Vor dem Hintergrund ausgedehnter Manöver der Warschauer-Pakt-Truppen findet in ganz Polen ein vierstündiger Warnstreik statt. Solidarność fordert die Bestrafung der Verantwortlichen für die Vorfälle von Bydgoszcz, die Zulassung der Bauerngewerkschaft und die Einstellung der Strafverfolgung von Oppositionellen.
30. 3. 81 Nach langwierigen Verhandlungen wird ein für den folgenden Tag angekündigter Generalstreik abgesagt. Wegen des mageren Verhandlungsergebnisses kommt es in der Landesleitung von Solidarność zu schweren Auseinandersetzungen und heftiger Kritik an Wałęsa.
10. 4. 81 Jaruzelski beantragt vor dem Sejm eine zweimonatige Streiksuspendierung, das Parlament begnügt sich jedoch mit einem Appell zu Streikverzicht.
17. 4. 81 Die Regierung gibt der Forderung nach Anerkennung der Bauerngewerkschaft nach, ein entsprechendes Abkommen wird unterzeichnet.
25. 5. 81 In fast allen größeren Städten finden Studentendemonstrationen für die Freilassung der politischen Gefangenen statt.

28. 5.81 Der Primas der katholischen Kirche Polens, Stefan Kardinal Wyszyński, stirbt.
7. 6. 81 In einem Brief des ZK der KPdSU werden Kania und Jaruzelski scharf angegriffen. Die PVAP sei vor dem Druck der inneren Konterrevolution Schritt für Schritt zurückgewichen. Solidarność droht mit neuen Streiks, falls die Verantwortlichen des Polizeieinsatzes von Bydgoszcz nicht endlich bestraft würden.
- 10./11. 6. 1981 Bei harten Richtungskämpfen im Zentralkomitee der PVAP kann Kania seine Stellung behaupten, in einer Abstimmung wird ihm das Vertrauen ausgesprochen.
13. 6.81 Der Staatsrat legt dem Sejm einen Entwurf für ein neues Gewerkschaftsgesetz vor, der gegenüber der unter Beteiligung von Solidarność-Vertretern ausgearbeiteten Vorlage für die Gewerkschaften nachteilige Veränderungen aufweist.
8. 7. 81 Die Hafendarbeiter der polnischen Ostseehäfen legen für eine Stunde die Arbeit nieder, um Verbesserungen der Sozialleistungen und Arbeitsbedingungen zu erzwingen. Die Mitarbeiter der Luftfahrtgesellschaft LOT wollen mit einem Streik das Recht der Selbstverwaltungsorgane der Belegschaft auf Wahl des Generaldirektors durchsetzen. Die schlesischen Bergarbeiter drohen aus Protest gegen die katastrophale Lebensmittelversorgung mit Streikaktionen.
- 14.-20.7. 1981 Auf dem IX. Sonderparteitag der PVAP wird Stanislaw Kania in geheimer Abstimmung als 1. Sekretär bestätigt. Die Wahl des Zentralkomitees kommt einem Erdrutsch gleich: nur 17 von 142 Vollmitgliedern des alten kommen auch ins neue ZK. Der ehemalige Parteichef Gierek wird aus der Partei ausgeschlossen.
25. 7.81 An einem ersten Protestmarsch gegen die schlechte Lebensmittelversorgung und das chaotische Verteilungssystem nehmen in Kutno 3000 Menschen teil. Weitere „Hungermärsche“ sind in anderen Städten geplant. Solidarność ist prinzipiell mit den geplanten Preiserhöhungen einverstanden, vertritt jedoch den Standpunkt, daß sie Bestandteil einer umfassenden Wirtschaftsreform auf der Grundlage der Arbeiterselbstverwaltung sein müßten.
7. 8.81 Höhepunkt der seit Tagen andauernden Streiks wegen der Lebensmittelknappheit und der geplanten Kürzung der Fleischrationen ist ein Warnstreik im Industriegebiet Oberschlesiens.
11. 8.81 Die Regierung droht, weitere Straßendemonstrationen notfalls mit Polizeigewalt zu verhindern.
18. 8.81 In den Zeitungsdruckereien beginnen Sitzstreiks. Die Drucker wollen durchsetzen, daß Solidarność in Rundfunk und Fernsehen Sendezeit eingeräumt wird. Die beiden folgenden Tage bleiben „zeitungsfrei“.
31. 8.81 Drastische Preiserhöhungen für Brot, Mehl und Getreideerzeugnisse treten in Kraft. Solidarność verhandelt mit der Regierung erneut über den Zugang zu den Massenmedien.

2. 9.81 Parteichef Kania weist auf einer ZK-Sitzung die Forderung nach Wahl der Betriebsdirektoren durch die Organe der Arbeiterselbstverwaltung zurück. Das Untersuchungsverfahren wegen der Zwischenfälle von Bydgoszcz wird eingestellt.
5. 9. — In der ersten Phase des Gewerkschaftskongresses in Danzig, die von Manövern  
10. 9.81 des Warschauer Paktes begleitet wird, treten die Delegierten in einem 7-Punkte-Programm u. a. für eine Wirtschaftsreform mit authentischer Arbeiterselbstverwaltung, die Abschaffung der Nomenklatura und freie Parlamentswahlen ein.
17. 9. 81 In einer scharf formulierten Erklärung fordert das ZK der KPdSU die PVAP-Führung erneut auf, „energische und radikale Maßnahmen“ zu treffen, um die „antisowjetische Propaganda“ einzudämmen.
25. 9. 81 Nachdem Solidarność- und Regierungsvertreter sich auf einen Kompromiß hinsichtlich der Arbeiterselbstverwaltung geeinigt haben, verabschiedet der Sejm ein entsprechendes Gesetz.
- 26.9. — Während der zweiten Phase des Danziger Gewerkschaftskongresses gibt das  
7. 10.81 KOR seine Selbstaflösung bekannt. In einer EntschlieÙung wird eine Änderung des Gesetzes über die Arbeiterselbstverwaltung verlangt. Die Delegierten wählen Lech Wałęsa zum Vorsitzenden von Solidarność.
- 18.10. 81 General Jaruzelski übernimmt das Amt des Generalsekretärs der PVAP und löst Stanislaw Kania ab, der seinen Rücktritt erklärt hat. In einer ZK-Resolution wird vom Sejm die zeitweilige Aufhebung des Streikrechts verlangt.
- 22.10.81 Die Wojewodschaftsverwaltung in Wroc4aw (Breslau) verhängt ein Versammlungsverbot. In mehreren Städten der Region Warschau herrscht praktisch Generalstreik.
- 26.10.81 Die Regierung setzt auf dem Land militärische Operationsgruppen ein, die vor allem die Lebensmittelverteilung überwachen sollen.
- 28.10.81 Mit einem einstündigen Warnstreik protestiert Solidarność gegen die schlechte Lebensmittelversorgung und gegen Repressionen gegen Gewerkschaftsmitglieder.
- 30.10.81 In einer Regierungserklärung verlangt Jaruzelski vom Sejm die sofortige Aussetzung des Streikrechts.
1. 11.81 Der Sejm fordert zur Beendigung aller Streiks auf. Das Präsidium von Solidarność verlangt die Einstellung der unorganisierten Einzelstreiks.
4. 11.81 Wałęsa, Jaruzelski und der Primas der katholischen Kirche Glemp beraten in Warschau über die Schaffung einer „Front der nationalen Verständigung“.
- 17.11.81 Regierung und Solidarność verhandeln u. a. über einen „Gesellschaftlichen Rat für die nationale Wirtschaft“.

- 25.11.81 Mit einer Besetzung der Hochschulen wollen Studenten und Dozenten die Verabschiedung des geplanten Hochschulgesetzes erreichen.
- 28.11.81 Das ZK verpflichtet die Parlamentsfraktion der PVAP, dem Sejm einen Gesetzentwurf über Sondervollmachten für die Regierung vorzulegen, die auch ein totales Streikverbot beinhalten.
- 3. 12. 81 Im Präsidium von Solidarność wird auf einer Sitzung in Radom die Ansicht vertreten, daß eine Konfrontation zwischen Staat und Gesellschaft unvermeidlich sein wird.
- 8. 12.81 Der Sejm-Vizepräsident Stefanski erklärt, es gäbe keine Notwendigkeit für Sondervollmachten, die im geplanten Gewerkschaftsgesetz vorgesehenen Beschränkungen des Streikrechts seien ausreichend.
- 12.12. 81 Die Landesleitung von Solidarność beschließt, im Falle von Sondervollmachten für die Regierung mit einem Generalstreik zu antworten.
- 13.12.81 Der Staatsrat ruft den Ausnahmezustand aus.

Sabine Borchert, Bremen

Weitere Quellen:

Chronologie der Ereignisse (2.7. 80 bis 31.1. 81), in: Sozialistisches Osteuropakomitee, Info Nr. 1 (43), Hamburg 1981

Armin Th. Dross (Hg.), Polen — Freie Gewerkschaften im Kommunismus? Reinbek 1980

G. Koenen, K. Koenen, H. Kuhn, „Freiheit, Unabhängigkeit und Brot“. Zur Geschichte und den Kampfzielen der Arbeiterbewegung in Polen, Frankfurt 1981

Robert Lindner, Polen (Juni — November 1980), in: Osteuropa, Heft 1/82

Anna Mertens, Die „Solidarität“. Zum Charakter der neuen Gewerkschaftsbewegung in Polen, in: Osteuropa, Heft 7/81.